

## Erklärung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 5. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz haben sich vom 7. bis 9. Dezember 2016 im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln mit dem Thema „Forschung in Gedenkstätten – Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung“ beschäftigt. Die Gedenkstättenkonferenz setzt sich zusammen aus der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland und dem FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und –initiativen, das derzeit 264 haupt- und ehrenamtlich betreute Gedenkstätten und Erinnerungsorte vertritt.

Die 50 Vertreterinnen und Vertreter aus Einrichtungen aller Bundesländer stimmten darin überein, dass die Arbeit moderner Gedenk- und Dokumentationsstätten zwingend auf den Grundlagen zeithistorischer Forschung basieren muss. Nur dann können sie den sich fortwährend ändernden Fragestellungen nachwachsender Generationen gerecht werden, nur dann können sie jeden Versuch der politischen Instrumentalisierung des Gedenkens widerstehen. Universitäten und Forschungseinrichtungen sind dabei wichtige Partner der Gedenkstätten, aber ihre immanenten Forschungslogiken lassen sich nur selten mit den konkreten Forschungsbedürfnissen der Gedenkstätten vereinbaren. Die Mitglieder der Gedenkstättenkonferenz stellen einhellig fest, dass die Geschichte des NS-Regimes und seines Terrors keinesfalls „auserzählt“ ist. Deshalb fordern sie, dass neben der institutionellen Förderung „national bedeutsamer“ Gedenkstätten sowie der befristeten Projektförderung der Bundesgedenkstättenkonzeption eine Stiftung gebildet wird, die regelmäßig Forschungsprojekte kleiner wie großer Gedenkstätten unterstützt. Damit stünde dann auch den Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes und den Dokumentationsstätten zur NS-Geschichte ein der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur äquivalentes Förderinstrument zur Verfügung.

Im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag Siegmund Ehrmann diskutierten die Mitglieder der Gedenkstättenkonferenz auch weitere Fragen der Entwicklung der Erinnerungskultur und der Gedenkstättenförderung durch Bund, Land und Kommunen. Sie verständigten sich darauf, im Vorfeld der nächsten Bundestagswahl mit den im Bundestag vertretenden Fraktionen über eine Fortentwicklung der gegenwärtigen Bundesgedenkstättenkonzeption zu sprechen.